

JobCenter _____

Datum: _____

BG-Nr.: _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom _____ haben Sie mich aufgefordert, zu dem Termin am _____ zu erscheinen.

Ihnen ist bekannt, dass ich gesundheitliche Einschränkungen habe, was ich Ihnen mit der Einreichung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bereits angezeigt habe und somit nicht in der Lage bin, den Termin wahrzunehmen.

Jedoch haben Sie mir mit Schreiben vom _____ mitgeteilt, dass ich einen ärztlichen Nachweis über das Unvermögen zu einem Termin zu erscheinen, vorlegen müsse. Eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung hierfür reiche nicht aus.

Das Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne des § 32 Abs. 1, S. 2 SGB II ist im Rahmen der Amtsermittlung nach § 20 Abs. 1 SGB X zu prüfen. Den Leistungsberechtigten trifft insofern eine gesteigerte Darlegungspflicht, wenn es um Tatsachen aus seiner Sphäre geht.

Sachverhaltsbeurteilung durch einen Arzt liegt jedoch nicht in meiner Sphäre. Denn die von Ihnen gewünschte Bescheinigung gehört nicht zum Umfang der vertragsärztlichen Versorgung der Krankenkassen. Hierfür würde der behandelnde Arzt eine Privatliquidation nach seiner Gebührenordnung beanspruchen. Die Kosten sind mir nicht zumutbar. Das Verwaltungsverfahren nach § 64 SGB X soll für mich kostenfrei sein.

Sofern durch die Behörde eine schriftliche Zusicherung zur Kostenübernahme abgegeben wird, werde ich meinen Arzt beauftragen, die gewünschte Bescheinigung zu erstellen.

Bitte bestätigen Sie mir ausdrücklich, dass gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 SGB VII die gesetzliche Unfallversicherung eintritt, wenn ich trotz der bekannten gesundheitlichen Einschränkungen den Meldetermin wahrnehme und dieses erfolgt, obwohl das Jobcenter von der erhöhten Gefahr eines Unfalls wegen der Erkrankung wusste.

Mit freundlichen Grüßen